



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren wöchentlich aktuelle Fragen.
Quelle: Nik Egger/ad

Links vs. Rechts

Soll die Antifa verboten werden?

Der Grosse Rat will die Antifa-Bewegung verbieten. Darüber streiten Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP).

[Oriana Pardini \(SP\)](#). | [Mathias Müller \(SVP\)](#)
Publiziert: 08.06.2026, 06:00 Uhr

Oriana Pardini: «Wer wegen einiger Chaoten den Antifaschismus insgesamt infrage stellt, verwechselt Ursache und Wirkung.»

Wer sich heute als Antifaschistin oder Antifaschist bezeichnet, verteidigt keine extreme Ideologie. Er oder sie verteidigt einen der wichtigsten Grundsätze unserer Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen.

Faschismus lebt von Ausgrenzung, Hass und der Behauptung, manche Menschen seien mehr wert als andere. Antifaschismus ist das genaue Gegenteil. Er bedeutet, für Menschenwürde, Rechtsstaat und Demokratie einzustehen. Eigentlich sollte das in einem Land wie der Schweiz selbstverständlich sein.

Dennoch versucht die politische Rechte immer wieder, den Begriff zu diskreditieren. Die jüngste Provokations-Motion von Thomas Fuchs (SVP) reiht sich nahtlos in diese Strategie ein. Sie löst kein reales Problem, sondern konstruiert eines. Rechtlich ist sie kaum umsetzbar und kollidiert mit den Grundrechten unserer Bundesverfassung, insbesondere mit der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Der Bundesrat wird sie mit grosser Wahrscheinlichkeit, wie ähnliche Vorstösse erst vor wenigen Monaten, als verfassungswidrig oder nicht vollziehbar beurteilen.

Natürlich gehört zur Ehrlichkeit auch eine andere Feststellung. Immer wieder werden friedliche Demonstrationen von Chaoten infiltriert, die Gewalt suchen oder Kundgebungen für ihre Zwecke missbrauchen. Das schadet den Anliegen der Demonstrierenden und der Akzeptanz des Demonstrationsrechts. Hier sind Ordnungskräfte gefordert, die Demonstrationen und die Teilnehmenden besser zu schützen.

Doch das hat mit der aktuellen Debatte nichts zu tun. Wer wegen einiger Chaoten den Antifaschismus insgesamt infrage stellt, verwechselt Ursache und Wirkung. Gewalt ist zu verurteilen, unabhängig von ihrer politischen Herkunft. Die Überzeugung, dass alle Menschen die gleiche Würde besitzen, darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Antifaschismus ist kein Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat, sondern eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen. Darum erkläre ich mich als Antifaschistin und das sollten in Zeiten wie diesen möglichst viele tun.

Mathias Müller: «Die Methoden, die wir am Faschismus zu Recht kritisieren, finden sich genauso bei jenen, die sich selbst als Antifaschisten bezeichnen.»

Die Luft im Ratssaal vibrierte vor Empörung. Selten habe ich erlebt, dass die linke Ratsseite derart geschlossen und lautstark ans Mikrofon eilte. Ein empfindlicher Nerv war offensichtlich getroffen.

Worum ging es? Der Grosse Rat diskutierte über einen Vorstoss, der den Regierungsrat auffordert, beim Bund prüfen zu lassen, ob gewalttätige linksextremistische Gruppierungen gestützt auf das Nachrichtendienstgesetz verboten werden können. Der Vorstoss von Thomas Fuchs und der Bielerin Sandra Schneider wurde angenommen.

Interessant war weniger das Resultat als die Art der Diskussion. Statt über linksextreme Gewalt zu sprechen, konzentrierte sich die linke Ratsseite fast ausschliesslich auf den Begriff «Antifaschismus». Antifaschismus sei eine Haltung. Niemand könne etwas dagegen haben. Das stimmt. War aber nie die Frage.

Die Frage lautete: Wie geht eine freiheitliche Gesellschaft mit gewalttätigen, hasserfüllten und intoleranten Gruppierungen um, die unter dem Banner des Antifaschismus auftreten? Das Problem ist real. Am 11. Oktober 2025 erlebte Bern einen traurigen Höhepunkt: 18 verletzte Polizisten, 57 beschädigte Gebäude, Sachschäden in Millionenhöhe. Angerichtet im Namen des «Antifaschismus». Der Schweizer Nachrichtendienst registrierte 2024 genau 60 linksextreme Gewaltereignisse – gegenüber einem einzigen rechtsextremistischen.

Was mich dabei irritiert: Die Methoden, die wir am Faschismus zu Recht kritisieren, finden sich genauso bei jenen, die sich selbst als Antifaschisten bezeichnen – Einschüchterung, Verhinderung von Veranstaltungen, Gewalt als politisches Mittel, die Überzeugung, im alleinigen Besitz der moralischen Wahrheit zu sein. Eine bittere Ironie.

Wer Freiheit, Meinungsfreiheit und Rechtsstaat ernst nimmt, muss politische Gewalt ablehnen – unabhängig davon, unter welcher Fahne sie daherkommt. Das ist keine rechte Position, sondern eine

zutiefst liberale. Kein Zufall: Faschisten und Kommunisten teilen bis heute ein gemeinsames Feindbild: die klassischen Liberalen.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

28%

Mathias Müller

54%

Beide

14%

Niemand

4%

138 Abstimmungen

Stand. 09. Juni 2026 / 00:21

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/679909/soll-die-antifa-verboten-werden>

1 Kommentar

Heinz Berger

Die Bemerkung von Frau Pardini die Antifa setzte sich für den Rechtsstat ein gehört in die Wirzspalte oder mindestens in den Nebelspalter! Mir ist die Antifa noch nie durch pointierte Aussagen gegen den Faschismus aufgefallen. Mit der Antifa verbinde ich Zerstörungswut, grosse und teure Polizeiaufgebote, und Gewalt, von Leuten die nicht einmal die Grösse haben ihr Gesicht zu zeigen. Und das "kreative Nutzen von leerem Wohnraum" bezeichne ich als Hausfriedensbruch, und hat mit Demokratie auch rein gar nichts zu tun. Insgesamt ist das Ganze das Schönreden einer Linksextremen Gruppierung.

Positiv: 21 / Negativ: 6